



NEWSLETTER 04/2017

FORUM | MIGRATION



© Jürgen Fälschle – Fotolia.com

Kein Job für de Maizière

Expert_innen empfehlen den Aufbau eines Integrationsministeriums auf Bundesebene. Derzeit gebe es zahllose Ansprechpartner und teils mangelnde Kommunikation zwischen den Behörden, so Verwaltungswissenschaftler der Universität Kiel. Der DGB hingegen fordert, die Zuständigkeit für Integration anderen bestehenden Ministerien zu übertragen.

„Migration ist für unser Land eine Daueraufgabe und wird das bleiben“, sagte Christoph Brüning vom Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Universität Kiel bei der Vorstellung einer Studie im März in Berlin. „Wir wären gut beraten, wenn wir uns dessen annehmen.“ Merkels berühmter gewordenen Ausspruch „Wir schaffen das“ müsse „überführt werden in ein nachhaltiges Integrationsprogramm“, sagte Brüning. Die Bereiche Flucht und Migration würden derzeit „sehr stark unter Sicherheitsaspekten diskutiert“. Ein Bundesministerium für Integration sei die Chance, sich hiervon zu lösen. Ausländer_innen mit Bleiberecht, Einbürgerung, Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft, EU-Migration oder der Zuzug von Fachkräften – all dies seien keine Bereiche, die Sicherheitsfragen berühren.

„Die derzeitige Integrationspolitik, die unter Federführung des Bundesministeriums des Innern gestaltet wird, ist von sicherheits- und innenpolitischen Interessen überlagert“, sagt auch das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Dies zeige sich etwa daran, dass Integrationsmaßnahmen häufig als Anreiz für die Zuwanderung gesehen wird, so Buntenbach. Die Folge sei, dass bestimmte Gruppen von Geflüchteten bei den Integrationsmaßnahmen ganz oder teilweise ausgegrenzt werden. „Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu Integrationsmaßnahmen vom Aufenthaltsrechtlichen Status entkoppelt werden muss.“ Dies bedeute, dass künftig nicht mehr das Innenministerium zuständig sein sollte. Skeptisch sieht Buntenbach hingegen die Forderung nach einem eigenständigen Ministerium für Integration. Stattdessen sollten Kompetenzen vom Innen- zu den Fachministerien verlagert werden. Maßnahmen zur beruflichen Integration etwa sollten beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelt werden, so Buntenbach.



Studie „Chancen für ein Bundesministerium für Integration“:
<http://bit.ly/2mZHB90>

INHALT 04/2017

Kein Job für de Maizière	1
15 Jahre entmutigt	2
Anerkennung: Der Bedarf steigt	2
Anerkennungs-News	2
„Die Logik des Gegeneinander durchbrechen“	3
Kritik am „16-Punkte-Abschiebeplan“	3
Gute Wirtschaftslage: Migrant_innen profitieren weniger	3
News + Termine	4
Der „Nafri“-Mythos – Dr. Andrea Kretschmann, Kriminologin, Centre Marc Bloch, Humboldt-Universität Berlin	5



Porträt Anerkennung:

Alla Evlakhova, Bauingenieurin, Ukraine

15 Jahre entmutigt

Eigentlich war sie nicht alt. Doch mit ihren 37 Jahren sah das Arbeitsamt schwarz für Alla Evlakhova, Bauingenieurin aus Charkov in der Ostukraine. „Keine Chance mehr“, sagten die Sachbearbeiter. Mit 35 sei Schluss, spätestens, für jemand wie sie, ohne Referenzen in Deutschland, die die Sprache noch lerne. Sie solle sich eine Stelle „als Putzkraft“ suchen, erinnert sich Evlakhova an die Worte des Sachbearbeiters.

1986 hatte sie die Universität von Charkov als Bauingenieurin verlassen, nach fünf Jahren Studium. Im Osten der Ukraine baute sie Tankstellen, Parkhäuser, am Ende gar eine Chemie- und eine Schuhfabrik. Zehn Jahre ging es so, bis Evlakhova, damals 31, nach Nürnberg kam – aus familiären Gründen. Es dauerte eine Weile, bis sie sich zurecht fand, ein wenig Deutsch gelernt hatte. „Damals war es nicht so wie heute, es gab einen Alphabetisierungskurs, und das wars“, sagt Evlakhova. Den Rest der Sprache musste sie sich mühsam auf anderen Wegen beibringen. 2002 versucht sie, wieder in ihren Beruf einzusteigen. Doch ihre Erfahrung, ihre Qualifikation – sie waren plötzlich wertlos. „Beim Arbeitsamt hat man mich vollkommen entmutigt“, sagt Evlakhova. So sehr, dass sie nicht einmal versuchte, ihr Diplom anerkennen zu lassen. Stattdessen ließ sie sich zur Bürokauffrau ausbilden, arbeitete als Dolmetscherin, auf Honorarbasis, in verschiedenen Integrationsprojekten.

Doch dann, Jahre später, im August 2015, meldete sich die Arbeitsagentur, wie das Arbeitsamt nun hieß. Der für Evlakhova zuständige Sachbearbeiter hatte gewechselt. Ihre Akte lag nun bei einer jungen Frau, sie war motiviert, offen. Sie glaubte an Evlakhova. „Eine Superstelle“, habe sie für sie gefunden, sagte die ihr. „Sie hat mich extra angerufen.“ Eine Stelle als Bauingenieurin. Fast 20 Jahre nachdem sie in Deutschland angekommen war, traute ihr das Amt diese Tätigkeit plötzlich zu. Warum? „Ich habe keine Ahnung“, sagt Evlakhova. Aber jetzt schickte sie ihr übersetztes, beglaubigtes Zeugnis aus Charkov an die Bezirksregierung von Schwaben. 200 Euro kostete die Prüfung, das Amt zahlte. Sechs Wochen später kam der Bescheid: Ihr Zertifikat sei einem deutschen Abschluss „gleichwertig“, stand darin. Die „Superstelle“ war dann allerdings schon weg.

Irgendwie war Evlakhova darüber nicht traurig. „Ich bin so lange aus dem Beruf raus, ich hätte jetzt viel zu viel lernen müssen. Vielleicht habe ich den Anschluss verloren.“ Womöglich ist sie jetzt, mit deutlich über 50 Jahren, wirklich zu alt.

Anerkennung: Der Bedarf steigt

Auf Bussen in neun Städten wirbt das Land Brandenburg dafür, ausländische Abschlüsse anerkennen zu lassen. „Hier finden Sie die passende Qualifizierung, damit Sie in Ihrem erlernten Beruf arbeiten können“, steht auf den Fahrzeugen. Ziel sei, Flüchtlinge und andere Migranten zu beruflichen Weiterbildungen zu motivieren, so das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Der Bedarf für entsprechende Zusatzqualifikationen steige, sagte Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt. Besonders für Geflüchtete sei neben dem Erlernen der deutschen Sprache der Zugang zum Arbeitsmarkt eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Integration.

„Wir haben viel Zulauf, aber mehr Aufmerksamkeit kann in der Sache nicht schaden“, sagt Lena Haselhorst vom IQ Netzwerk Brandenburg, das die Aktion initiiert hat. Sie glaubt, das in der nächsten Zeit viele Flüchtlinge das Asylverfahren durchlaufen haben werden. Für sie werde die Anerkennung der eige-

nen Qualifikation wichtiger. Früher hätten in Brandenburg wegen der geografischen Nähe vor allem Pol_innen Rat gesucht, die schon länger in Deutschland lebten und dann in ihrem erlernten Beruf arbeiten wollen. Heute sei das anders, sagt Haselhorst: Die Syrer_innen seien eine ebenso große Gruppe. Sie rechnet damit, dass in den nächsten Monaten eine große Zahl von Flüchtlingen das Asylverfahren durchlaufen haben wird. Für sie werde die Frage der Qualifikations-Anerkennung dann aktuell.

Im Dezember hatte die Landesregierung von Brandenburg angekündigt, die beruflichen Fähigkeiten von Geflüchteten schneller anerkennen zu wollen. „Andere Länder kennen das System der dualen Berufsausbildung nicht. Gleichwohl haben die Leute in einer Auto-Reparaturwerkstatt, in einer Näherei oder als Köche gearbeitet und haben diese Kompetenzen“, sagte Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD). Gemeinsam mit den Kammern müsse man Wege für die Anerkennung finden, damit die Flüchtlinge entsprechend ihrer Fähigkeiten eingestellt und bezahlt werden könnten.

Anerkennungs-News

Neuer Preis „Wir für Anerkennung“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung zeichnet Engagement für die berufliche Anerkennung aus. Betriebe sowie Personal- und Betriebsräte, die Fachkräfte bei der Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikationen unterstützen, können sich bis zum 30. April um den Unternehmenspreis „Wir für Anerkennung“ bewerben. „Ausländische Fachkräfte bringen zahlreiche Kompetenzen mit, die unsere Arbeitswelt bereichern“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU). Viele Betriebe hätten diese Chancen bereits erkannt und nutzten die Möglichkeiten der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, um Mitarbeiter zu finden und zu integrieren. Neben vorbildlichen Praxisbeispielen können zudem gute Ideen eingereicht werden, die aufzeigen, wie die berufliche Anerkennung noch stärker als Instrument der Personalarbeit etabliert werden kann.



Infos zum Wettbewerb: www.anerkennungspreis.de

GEW fordert Reform bei Anerkennung

Bundesweit fehlen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für junge Geflüchtete. Diese werden oft erst sehr spät in Maßnahmen vermittelt, gleichzeitig sind die Hürden, berufliche Abschlüsse aus dem Herkunftsland nachzuweisen, oft sehr hoch. Ansgar Klinger, im GEW Vorstand für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich, fordert deshalb eine Reform bei der Anerkennung erworbener formaler und nonformaler Kompetenzen, „unabhängig von der Flüchtlingsthematik“. Auf Ebene der EU

gebe es dazu längst Verfahrensvorschläge, etwa den Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR). Dieses System soll inhaltliches Wissen genauso wie erworbene Handlungskompetenzen in einem Beruf und langjährige Berufserfahrungen veranschaulichen. Wie wichtig es wäre, fachliche Mindeststandards einzuhalten, aber dabei informelle Kompetenzen besser einbinden zu können, zeigte sich auch kürzlich in dem Fall einer studierten Pädagogin aus Mexiko. Eine bilinguale Kindertagesstätte in Stade wollte die junge Frau einstellen, die in ihrer Heimat als Lehrerin und auch mit Kleinkindern gearbeitet hatte. Der Träger der Kita stellte einen Gleichstellungsantrag beim Landesjugendamt, um die mexikanische Ausbildung in Deutschland als Sozialassistentin anerkennen zu lassen – Voraussetzung für eine Ausbildung zur Erzieherin. Letztlich lehnte das Land eine Einstellung aber ab, weil die Frau schriftlich keine Kleinkind-Erfahrung nachweisen konnte.



Studie: Berufliche Qualifizierung von jungen Flüchtlingen in Deutschland <http://bit.ly/2ma6Ruz>



Bericht Lokalzeitung Stade: <http://bit.ly/2ncK3cS>





„Die Logik des Gegeneinander durchbrechen“

Am 23. April wird in Frankreich gewählt. Die rechtsextreme Front National liegt in Umfragen bei 26 Prozent, ihr Wahlkampf richtet sich explizit auch gegen migrantische Arbeiter_innen. Marilyne Poulain ist beim Gewerkschaftsbund CGT (Confédération générale du travail) in Paris zuständig für Migration. Sie berichtet, wie gewerkschaftlich organisierte Migrant_innen mit der Situation umgehen.

Forum Migration: Frau Poulain, wie haben die Gewerkschaften im Wahlkampf für die Rechte von Migrant_innen interveniert?

Marilyne Poulain: Meist in Form von Streiks. Derzeit etwa in der Metro von Paris. Dort arbeiten Dutzende Migranten aus der Türkei, Kurdistan, Bulgarien und Osteuropa. Sie haben keine Verträge von den Subunternehmen der Baufirmen bekommen, mussten monatelang auf ihre Gehälter warten. Dabei sind das öffentliche Bauten. Die Kollegen haben sich im Januar an die Gewerkschaft gewandt und sind in Streik getreten. Es gab eine sehr intensive Medienkampagne, wir konnten vermitteln, dass der Lohn und die Arbeitsbedingungen komplett widerrechtlich waren. Sie sind nicht die einzigen. Afrikanische und chinesische

Frauen, die für einen Euro pro Stunde in Nagelstudios in Paris gearbeitet haben, papierlose malische Bauarbeiter, deren Kollege auf einer Baustelle in Flamanville in der Normandie schwer verletzt wurde, westafrikanische Arbeiter, die Mitte März den Großmarkt in Rungis bei Paris blockiert haben: All diese Streiks richten sich gegen die Bedingungen, zu denen viele migrantische Arbeiter in Frankreich beschäftigt sind. Sie bekommen keine Arbeitserlaubnis und werden deshalb öfter ausgebeutet.

Warum ist das so?

Asylbewerber etwa haben meist kein Recht zu arbeiten. Theoretisch können sie nach neun Monaten eine Erlaubnis bekommen, aber diese wird nur sehr selten erteilt. Dann gibt viele Menschen, die gar keine Papiere haben. Sie sind am anfälligsten für Ausbeutung.

Inwiefern spielt das im Wahlkampf eine Rolle?

Das spielt eine ganz zentrale Rolle. „Illegale“ sind eine der wichtigsten Zielscheiben des FN. Le Pen zeichnet sie als Konkurrenz, als Feinde der französischen Arbeiter. Davon reden sie die ganze Zeit. Der FN will es unmöglich machen, dass diese Menschen einen Aufenthaltstitel bekommen können und fordert systematische Abschiebungen. Das ist ihre Ideologie.

Wie argumentieren Sie als Gewerkschaft dagegen?

Wir sagen: Diese Menschen sind hier und arbeiten hier. Deswegen gehören sie dazu. Sie haben ein Recht auf Rechte und auf Lohn, wie alle Menschen, egal ob sie Franzosen oder anderes sind. Um gegen den FN zu kämpfen, müssen wir klarmachen, dass diese Kollegen die gleichen Interessen haben, wie die französischen Arbeiter: An starken Arbeitnehmerrechten nämlich. Das verbindet die Menschen. Mit dieser Logik der Einheit durchbrechen wir der Logik des Gegeneinander von Le Pen.

Wie reagieren die französischen Kolleg_innen?

Es gibt eine große Solidarität mit den Streiks migrantischer Arbeiter, besonders mit dem in Rungis, auch von anderen Gewerkschaften. Auch innerhalb der CGT ist das Bewusstsein für diese Frage gewachsen. In den 1980er Jahren war das noch anders. Aber seit etwa 2008 hat die CGT da sehr klare Beschlüsse.

Hat der Front National also am Ende bei der Mobilisierung für gewerkschaftliche Kämpfe geholfen?

Sagen wir: Es war möglich einen Widerstand gegen seinen Diskurs zu organisieren. Deshalb ist es so, dass heute 56 Prozent der Franzosen dafür sind, Papierlosen Arbeitern Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu geben. Die Anhänger des Front National sind in der Minderheit.

Kritik am „16-Punkte-Abschiebeplan“

Bund und Länder peilen eine „nationale Kraftanstrengung“ für schnellere Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber an. Asylsuchende, die voraussichtlich keinen Anspruch auf Schutz in Deutschland bekommen, sollen demnach in zentralen Ausreisereinrichtungen untergebracht werden. Bundesausreisezentren sollen den Ländern ermöglichen, ihre Verantwortung für die letzten Tage oder Wochen des Aufenthalts an den Bund zu übergeben. Bund und Länder wollen ein gemeinsames „Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr“

einrichten. Von dort sollen etwa Sammelabschiebungen organisiert werden.

Viele Organisationen stellen sich gegen einen entsprechenden 16-Punkte-Plan der Bundesregierung. In einer gemeinsamen Stellungnahme haben etwa 20 Verbände kritisiert, dass Maßnahmen des geplanten Gesetzes das Kindeswohl beeinträchtigen. Pro Asyl sprach davon, dass eine Rechtsgrundlage für „überfallartige Abschiebungen“ geschaffen werde. Bislang musste bei Duldungen von länger als einem Jahr die Duldung zunächst widerrufen und die

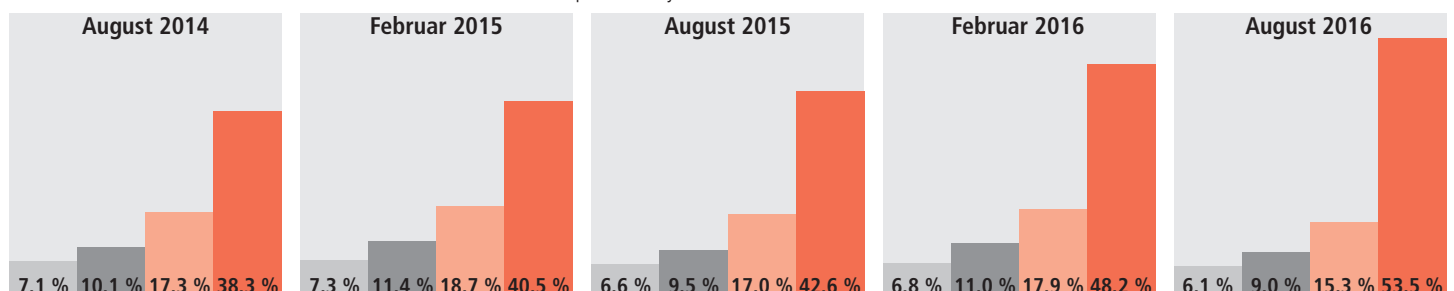
Abschiebung mindestens einen Monat vorher angekündigt werden. Das Bundesinnenministerium will diese Regelung im Aufenthaltsgesetz für bestimmte Personengruppen ersatzlos streichen. „Nicht nur vermischt der Gesetzentwurf in gefährlicher Weise Aufenthaltsrecht und polizeiliches Präventivrecht, er ist auch integrationsfeindlich und diskriminierend“, sagte die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke.

Gemeinsame Stellungnahme von 20 Verbänden zum „Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“:
<http://bit.ly/2nqMvNL>

Gute Wirtschaftslage: Migranten profitieren weniger

Entwicklung der Arbeitslosenquote von Deutschen und Ausländern seit 2014

■ = Deutsche · ■ = EU-28 · ■ = Balkanstaaten · ■ = Nichteuropäische Asylherkunftsstaaten



Quelle: IQ Fachstelle Einwanderung, Working Paper 02/2017, <http://bit.ly/2mIKZP>



News + Termine

Rückkehrwillige:

BAMF schaltet Telefonhotline

Rückkehrinteressierte, Behörden und Ehrenamtliche können ihre Fragen zur freiwilligen Rückkehr von Migrant_innen in ihre Herkunftsländer ab sofort an die Rückkehrhotline im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) richten. Unter der zentralen Rufnummer des Service Centers des BAMF (0911/943-0) kann die Rückkehrhotline von Montag bis Freitag zwischen 9 und 15 Uhr in deutscher und englischer Sprache erreicht werden. Anrufer werden über Rückkehr- und Reintegrationsprogramme, unter anderem zu dem im Februar mit einem Finanzvolumen von 40 Millionen Euro gestarteten Bundesprogramm Start-hilfePlus informiert.

„Blaue Karte EU“: Über 50.000 ausgestellt

Seit der Einführung im August 2012 bis einschließlich Dezember 2016 haben 53.704 hoch qualifizierte Zugewanderte eine Blaue Karte EU in Deutschland erhalten. Das geht aus einer Statistik hervor, die das BAMF vorgelegt hat. Deutschland liegt damit bei der Erteilung der Blaue Karte EU innerhalb der Europäischen Union an der Spitze. 2015 lag der deutsche Anteil an erteilten Blauen Karten EU bei mehr als 85 Prozent. „An den Zahlen sehen wir ganz deutlich: Deutschland ist ein attraktives Land für hoch qualifizierte Zuwanderer und die Blaue Karte EU eine gefragte Möglichkeit, um hierzulande arbeiten zu können“, sagt BAMF-Vizepräsidentin Uta Dauke.

GEW: Zweitspracherwerb sollte möglichst früh beginnen


Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentral für die soziale Inklusion. Die Erkenntnisse der Zweitspracherwerbsforschung belegen eindeutig, dass Kinder weder durch den simultanen Erwerb zweier Sprachen noch durch den frühen Zweitspracherwerb überfordert werden. Darauf hat die GEW hingewiesen.

 Stellungnahme der GEW: <http://bit.ly/2mLh1Ny>

OECD: Gute Bedingungen für Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht Deutschland gut vorbereitet auf die Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt. Die Rahmenbedingungen seien mit starker Unterstützung durch die Zivilgesellschaft verbessert worden, heißt es in einer neuen Studie der OECD. Demnach waren rund neun Prozent der in Deutschland registrierten Arbeitslosen im Februar anerkannte Flüchtlinge oder Asylbewerber_innen. Die Autor_innen erwarten, dass wegen der langen Dauer der Asylverfahren die in den Jahren 2015 und 2016 eingereisten Schutzsuchenden erst jetzt langsam in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Autor_innen fordern, die unterschiedlichen Startvoraussetzungen genauer im Blick zu haben.

Vor allem für viele Frauen und Geringqualifizierte unter den Flüchtlingen werde eine rasche Arbeitsmarktintegration häufig nicht möglich sein, heißt es in der Studie. Angebote zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie zu fachspezifischem Deutschunterricht sollten weiter ausgebaut werden, schlug die OECD-Sonderbeauftragte Gabriele Ramos vor.

 Studie der OECD: <http://u.epd.de/r4z>

Hotelportale: Fair in den Urlaub

Schon bald steht für viele Arbeitnehmer_innen die Urlaubsplanung 2017 an. Dutzende Portale helfen bei der Suche nach dem passenden Hotel oder dem Ferienhaus – allerdings geht es dabei stets um die günstigsten Angebote, faire Arbeitsbedingungen der Beschäftigten spielen keine Rolle. Für verschiedene Länder haben Gewerkschaften und Beschäftigte nun Webseiten und Apps initiiert, mit denen man Unterkünfte suchen kann, die faire Arbeitsbedingungen für Hotelangestellte garantieren. Bisher gibt es Plattformen für Irland, Dänemark, Kroatien, Schweden und die USA. Eine Übersicht hat der DGB zusammengestellt:

 <http://bit.ly/2nV0mZl>

Integrationskurse: 317.000 Teilnehmer_innen

Im vergangenen Jahr haben mindestens 317.000 Menschen einen Integrationskurs neu begonnen. Dies berichtet die „Rheinische Post“. Damit verzeichnet das BAMF etwa eine Verdoppelung der neuen Teilnehmer im Vergleich zu 2015. Knapp zwei Drittel der neuen Kursteilnehmer waren männlich, vier von zehn Teilnehmer_innen kamen aus Syrien.

IG BAU begrüßt Sperrliste für Betrugsfirmen

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt eine neue Gesetzesinitiative von Bundeswirtschaftsministerin Zypries: „Ein bundesweites Sündenregister für die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern ist überfällig. Dass das Bundeswirtschaftsministerium künftig betrügerische Firmen von öffentlichen Aufträgen ausschließen will, ist konsequent“, sagt der stellvertretende Bundesvorsitzende, Dietmar Schäfers. Er sprach von einem „entschlossenen Schritt, dass die Bundesregierung die Sperrliste für Betrugsfirmen noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen will“. Besonders wichtig sei, dass dem Register neben Geldwäsche, Bestechung, Steuerhinterziehung und weiteren Delikten vor allem auch Schwarzarbeit und Mindestlohn-Verstöße gemeldet werden sollen. „Damit ist die ‚Blacklist der kriminellen Arbeitgebermachenschaften‘ auch ein entscheidender Schritt gegen Lohn- und Preis-Dumping und für faireren Wettbewerb“, sagt Schäfers. Denn auch gravierende Verstöße gegen das Arbeits- und Sozialrecht könnten künftig zum Ausschluss von öffentlichen Auftragsvergaben führen. „Wichtig ist es jetzt allerdings auch, das Register möglichst intensiv zu füttern. Und entscheidend dafür sind nicht zuletzt

die Zoll-Kontrollen – von der Schwarzarbeit auf dem Bau bis zu massiven Verstößen gegen die Branchen-Mindestlöhne und gegen den gesetzlichen Mindestlohn“, so Schäfers.

Vielfalt Mediathek Filmtipp:

Neue Liebe. Ein Dokumentarfilm über Migration und Heimat aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen

Der Dokumentarfilm begleitet minderjährige Geflüchtete und Migrant_innen in ihrem Alltag zwischen Sprachklasse bei Frau Würdig und neuem Leben in Cuxhaven. Der Film spiegelt durch Interviews die Sichtweise der Kinder und Jugendlichen wieder und lässt auch eine_n Geflüchteten in der Rolle des_ der Erzähler_in fungieren. Sie erzählen dabei von ihrem früheren Leben, den Gründen der Migration, den Schwierigkeiten auf dem Weg nach Cuxhaven und auf welche Probleme sie in Deutschland stoßen (Sprachbarrieren, Heimweh, Rassismus etc.), aber auch über den Zusammenhalt und ihre Zukunftspläne und -träume. Auf der DVD findet sich zudem ein Interview mit der Lehrerin Frau Würdig, in der sie vom Schulalltag und dem Konzept der Sprachklasse berichtet.

Dokumentation, DE 2015/16, DVD 61 Min.

 <http://bit.ly/2nayQdj>


Interkulturelles Kommunikations- und Konflikttraining. Sichere Kommunikation in kultureller Vielfalt

12./13. Mai 2017, 02./03. Juni 2017,
11./12. August 2017, 08./09. September 2017 und
20./21. Oktober 2017

Seminarnummer: 567005

Veranstaltungsort: Osnabrück/Melle


1.150,00 Euro/1.035,00 Euro für ver.di-Mitglieder incl. Material, Seminargetränke; excl. evtl. Unterbringungs- und Verpflegungskosten
Durchgeführt vom Bildungswerk ver.di Region Osnabrück in Kooperation mit dem DGB Bildungswerk Bund

 http://www.bw-verdi.de/fileadmin/user_upload/Osnabrueck/QuBE/Infoblatt_Interkulturelles12017.pdf

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft Anerkennung

07. Mai 2017

Veranstaltungsort: Hattingen

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Der „Nafri“-Mythos



© Foto: Dr. Andrea Kretschmann

Kommentar von Dr. Andrea Kretschmann, Kriminologin, Centre Marc Bloch, Humboldt-Universität Berlin

Migration und Kriminalität scheinen, folgt man Medien und Politik, eng miteinander verflochten. Die Vorstellung, dass ‚Ausländer‘ die deutsche Gesellschaft unsicherer machen würden – etwa durch Gewalt- und Sexualverbrechen oder Eigentumsdelikte – ist wesentlicher Bestandteil vieler Darstellungen um Asyl, Migration und Integration. Dass MigrantInnen „häufiger Straftaten als die Deutschen“ begehen, bejahen entsprechend einer ALLBUS-Umfrage aus 2006 45% der Bevölkerung. Aktuell wird dieser Zusammenhang in Debatten um Asylsuchende kolportiert. Diese sollen neben Eigentumsdelikten vor allem für sexuelle Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in Köln verantwortlich sein. Die Folgen: In Teilen des öffentlichen Diskurses spricht man von „Rapefugees“ und die Koalition hat eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, um straffällig gewordene Nichtdeutsche schneller ausweisen zu können. Meldungen der Polizei, dass vor allem MigrantInnen nordafrikanischer Herkunft die Übergriffe zu verantworten hätten, wurden auf gerichtlicher Ebene jedoch nicht bestätigt.

Für eine erhöhte Kriminalitätsrate unter Asylsuchenden gibt es insgesamt keine Anhaltspunkte, obwohl sie als Gruppe statistisch gesehen viele „kriminalitätserzeugende“ Merkmale aufweisen: Asylsuchende halten sich mangels geeigneter Privaträume viel in öffentlichen Räumen auf und sie setzen sich zu etwa einem Drittel aus jungen Männern zusammen – und sind damit mit jener Gruppe, bei der Kleindeelikte allgemein am häufigsten vorkommen, stark vertreten.

Asylsuchende unterscheiden sich, zieht man die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) heran, in Hinblick

auf Kriminalität nicht von anderen Menschen ohne deutschen Pass. Die Statistik weist zwar aus, dass 28% der Straftaten von 10% der nichtdeutschen Bevölkerung verübt werden. Jedoch weist sie einen Bias bezüglich ethnischer Herkunft auf, weil die PKS keine Straftaten zählt, sondern nur polizeiliche Anzeigen. Eine besonders hohe Anzeigebereitschaft der Bevölkerung gegenüber Nichtdeutschen und eine intensivere Tatverdachts- und Kontrollrealität für diese Personengruppe durch die Polizei spielen hier zusammen. Zudem können bestimmte Straftatbestände (z.B. die „unerlaubte Einreise“) aufgrund bestimmter Einschränkungen des Aufenthaltsgesetzes überhaupt nur Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus erfüllen. Nicht zuletzt gehören Nichtdeutsche häufig einkommensschwachen Soziallagen an und damit sozialen Gruppen, die statistisch gesehen öfter in der Kriminalstatistik auftauchen. Rechnet man diesen Faktor heraus, wird sichtbar, dass MigrantInnen in fast allen Deliktskategorien gesetzestreu als Deutsche in vergleichbaren Soziallagen sind.

Der Zusammenhang von Staatsbürgerschaft und Kriminalität muss deshalb als Diskurs betrachtet werden, der in der Realität strukturell oft keine Entsprechung hat. Vielmehr bringen die erhöhte Anzeigebereitschaft der Bevölkerung und die polizeiliche Kontrollpraxis den Zusammenhang von Migration und Kriminalität ein ganzes Stück weit mit hervor. So weckt die erhöhte Anzahl polizeilicher Kontrollen von scheinbar ‚fremd‘ aussehenden Personen im öffentlichen Raum in der Bevölkerung Assoziationen, dass diese etwas Kriminelles getan haben müssen; umgekehrt intensiviert sich etwa mit der aktuellen Rede über „Rapefugees“ – auch, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken – die polizeiliche Kontrolltätigkeit. Letztgenanntes lässt sich an der ‚Nachbearbeitung‘ der Vorfälle von Köln veranschaulichen, bei der die Polizei im Folgejahr vor

allem nordafrikanisch aussehende Männer kontrollierte – obwohl diese für die sexuellen Übergriffe in 2015/16 auf gerichtlicher Ebene nicht maßgeblich verantwortlich gemacht wurden. Der Öffentlichkeit teilte sie über Twitter mit, dass sie „Nafris“ („nordafrikanische Intensivtäter“) kontrolliere – und setzte damit Herkunft und TäterInnenenschaft von vorn herein in eins. Allein schon, Menschen ungeachtet ihres Verhaltens aufgrund äußerlicher Merkmale zu kontrollieren, verstößt jedoch gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz; als „racial profiling“ ist es rechtswidrig.

Auf institutioneller Ebene weiß die Polizei längst um die vergleichsweise geringe Kriminalitätsbelastung von Nichtdeutschen, darunter auch Asylsuchenden. Sie sollte ihre Kontrollpraxis deshalb der Faktenlage anpassen. Dies ist nicht nur aus Gründen der Gleichbehandlung geboten. Will die Polizei wirklich für ein Mehr an Sicherheit in der Gesellschaft sorgen, ist es der falsche Weg, auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung anzuspüren, indem sie bevorzugt MigrantInnen kontrolliert. Dies löst Assoziationen, dass von Nichtdeutschen Gefahr ausgeht, nämlich nicht auf; es verschärft sie.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDET VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

